

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzel-Nr. 6.— Wk. Durch Vorsträger 30.— Wk. pro Woche. Durch die Post 30.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionspreis: 6.— 6 Nachm. Produktivgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Postfachkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluß Ring Nr. 8837.

Montag, 23. Oktober 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltenen Millimeterzeile über deren Raum 10.— Wk. Stellen- und Wohnungsgefuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2,50 Wk. Kleine Anzeigen per Wort 1,50 Mark. — Reklame: Die Millimeterzeile 9 gespalten über deren Raum im Text 30.— Wk.

Lloyd Georges Ende.

E. L. Nach einer Regierungszeit von 17 Jahren, in der er stets an hervorragender Stelle, zuerst als Handelsminister, dann als Schatzkanzler, im Kriege als Munitionsmminister und schließlich nach dem Sturz von Asquith seit 1916 als Premier die Politik seines Landes bestimmt hat, ist Lloyd George am Donnerstag gestürzt worden. Mit 186 gegen 82 Stimmen haben die Konservativen nach einer Rede des damit in die aktive Politik zurückkehrenden Bonar Law beschlossen, als unabhängige Konjervative Partei in den bevorstehenden Neuwahlen aufzutreten. Die unionistisch-liberale Regierungskoalition, auf die Lloyd George sich seit fast 7 Jahren gestützt hat, ist damit gesprengt: er muß abtreten.

Die englische Geschichte wird, wenn sie — was unwahrscheinlich — in 50 oder 100 Jahren von der heute noch herrschenden Klasse geschrieben werden sollte, Lloyd George neben und mit Chatham als den großen Mehrern des Reichs preisen. Er hat das Gebäude vollendet, zu dem vor 170 Jahren in den gewaltigen Handelskriegen mit Frankreich der ältere Pitt den Grundstein gelegt hat: das englische Imperium. Der Laienprediger des Christentums, auf dessen pazifistische Jugendsünden die Ebert und Hilferding die deutsche Außenpolitik gegründet haben, hat im blutigsten aller Kriege die Verbindung vom Kap bis nach Kairo hergestellt; er hat den Landweg nach Indien über Vorderasien gesichert. Die Flagge Großbritanniens herrscht heute über die Meere. Er hat die irische Frage für England um den Preis des Bürgerkrieges mit Nothmethoden gelöst. Aber die Vollendung des imperialistischen Machtstrebens selbst hat seine Grenzen aufgezeigt. Nicht nur deshalb, weil in den Vereinigten Staaten sich ein Mächtigerer über England gestellt hat, der Sieg des Imperialismus enthüllt auch innerhalb des englischen Imperiums nun die Keime der Zerfegung, des Zerfalls.

Der Sieg, der den englischen Imperialisten Elbogenfreiheit und dem Volke Wohlfahrt bringen sollte, hat die schwerste Krise gebracht, die bisher über das klassische Land der kapitalistischen Krisen dahingegangen ist. Seit mehr als eineinhalb Jahren stockt trotz mancher Schwankungen die Produktion der wichtigsten Industriezweige, wie z. B. beim Schiffbau. Der Außenhandel ist empfindlich zurückgegangen. 1 1/2 Millionen Arbeitslose können heute über die großen Erfolge des größten englischen Staatsmannes der Neuzeit nachdenken. Und die Lage der arbeitenden Proletarier ist nach den mit Hilfe Lloyd Georges verloren gegangenen Streiks erbarmlicher als je zuvor. Statt Frieden und Wohlfahrt zu sichern, hat der Ausgang des Krieges die englische Wirtschaft erschüttert, die Klassengegensätze aufs äußerste zugespitzt.

Verailles, sein diplomatisches Meisterwerk, mußte Lloyd George selbst in Trümmer schlagen als den untauglichen Versuch, die Weltwirtschaft auf kapitalistische Weise wieder aufzubauen. Er, der den Kaiser bei den Kashi-Wahlen 1919 hängen wollte, war der erste, der ihn laufen ließ. Er, der zusammen mit Frankreich den Boche zahlen lassen wollte, geriet mit dem Partner in die Haare über die Methode und das Maß der imperialistischen Ausplünderung der werktätigen Massen Deutschlands.

Die sich zuspitzenden Konflikte mit Frankreich in der Reparationsfrage enthüllten nicht nur die wachsende Verschärfung der imperialistischen Gegensätze zwischen den Kriegverbündeten. Sie waren nur Symptome und Auswirkungen der dauernden Niederlage der ganzen Außenpolitik Lloyd Georges, der Politik des Weltlichertums der Weltführung durch den Imperialismus Englands.

Er wurde geschlagen von Sowjet-Rußland. Die Kriegszüge der weißen Garden, angeführt und finanziert von der englischen Regierung, scheiterten an dem Heldentum der russischen Arbeiter und Bauern. Gemut, der Versuch zur friedlichen Durchdringung Rußlands, wurde zum Mißerfolg, weil die Einschüchterungsmethoden Lloyd Georges, die auf Wirtz, Hilferding und Ebert entwerfenden Eindruck machen, an den Vertretern des proletarischen Staates wirkungslos abprallten. Und eben erst hat die Sowjet-Regierung durch die Nichtbestätigung des Arghart-Vertrages bewiesen, daß sie noch Machtmittel genug hat, um selbst den englischen Imperialismus zum Nachgeben zu zwingen.

Er wurde schließlich geschlagen und gestürzt durch den Sieg der türkischen Volksarmee über die griechischen Soldaten des englischen Imperialismus. Die erfolgreiche Rebellion der anatolischen Bauern, die mit französischen Geschützen die englische Politik schlugen, hat nicht nur

An die deutsche Arbeiterschaft! Proletarier in Stadt und Land!

Die herrschenden Gewalten haben versucht, der im ganzen Reich lebendigen Betriebsrätebewegung einen tödlichen Schlag zu versetzen.

Mehrere Mitglieder des Reichsausschusses sind verhaftet worden.

Am 16. Oktober wurde unser Hauptkassierer, der Kollege Boerner, am folgenden Tage Kollege Grothe, der Vorsitzende des Reichsausschusses und der Sekretär Kollege Christ von den Schergen des Polizeipräsidenten Richter festgenommen.

Was ist der Grund zu diesem provozierenden Gewaltstreik?

Die Polizei entblödet sich nicht, diese Verhaftungen mit den Vorgängen am Zirkus Busch in Berlin in Zusammenhang zu bringen und sie mit dem Verdacht des Landesfriedensbruches zu begründen.

Diese Begründung ist eine nichtswürdige Polizeimache!

Was selbst bürgerliche Blätter verschämt zugeben müssen, ist jedem Proletarier ohne weiteres klar: vier Monate nach der Ermordung Rathenaus, drei Monate nach dem Inkrafttreten des „Gesetzes zum Schutze der Republik“ war es die Pflicht des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, diesen frechen Aufmarsch der aufgelösten Orgeßch zu verhindern. Es kann nie und nimmer Landesfriedensbruch sein, wenn Arbeiter unter Einfluß ihrer ganzen Person verhindern wollen, was zu verhindern die Pflicht der Polizeifunktionäre der Republik und insbesondere ihres sozialdemokratischen Polizeipräsidenten war.

Wir jagen es deshalb laut und vernehmlich: die Arbeiter waren im Recht, die sich dem Aufmarsch der Orgeßchleute widersetzen.

Aber selbst wenn die Arbeitermassen, die vor dem Zirkus Busch demonstrierten, so im Unrecht wären, wie sie im Recht sind,

was haben diese Vorgänge mit der Verhaftung unserer Reichsausschufmitglieder zu tun?

Die Verhafteten waren am Sonntag auf einer Tagung des Reichsausschusses in Erfurt. Die Unerschämtheit der Polizei, die Verhaftung unserer Kollegen mit den Ereignissen vor dem Zirkus Busch zu erklären, war ein so niederträchtiger Schwindel, daß auch der Polizei nichts weiter übrig blieb, als die Verhafteten wieder frei zu lassen.

Nach diesen Feststellungen ergibt sich, daß die Vorgänge am Zirkus Busch nur der erwünschte Vorwand waren,

um die Sammlung des Proletariats gegen Hunger und Elend zu verhindern.

Die mächtig anschwellende Bewegung der Betriebsräte sollte erdroffelt, das Zustandekommen eines Reichsbetriebsrätekongresses verhindert werden.

Man wollte den Kampf gegen die Leuerung lähmen, deshalb erfolgten die Verhaftungen unserer Kollegen!

Und weil die Kommunistische Partei die einzige Partei ist, die mit aller Kraft die Betriebsrätebewegung unterstützt, wurde gegen sie ein unerhörtes Kesseltreiben eingeleitet. Ihre Vertrauensleute sind zu Hunderten verhaftet worden. Zweitausend Funktionäre sollen hinter Schloß und Riegel gebracht werden.

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Die Schläge, die gegen eure Kollegen im Reichsausschuf und gegen die Vertrauensleute der SPD geführt werden, sollen euch treffen!

Ihr wißt selbst, was euch und euren Angehörigen in diesem Winter bevorsteht! Und wie die euch zu helfen gedenken, die sich mit dem Ruf: „Mit Gott für Kaiser und Reich!“ unter dem Schutz der „republikanischen“, Schupooffiziere im Zirkus Busch um die schwarz-

weißrote Fahne scharten, das hat euch dort mit aller wünschenswerten Deutlichkeit Herr Geisler gesagt:

Entlassung möglichst vieler „überflüssiger Beamter“, Herabsetzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit!

Hört es, Ihr ausgehungerten Arbeiter; hört es, Ihr zermürbten Proletarierfrauen, was euch die Nutznießer der bestehenden Verhältnisse in Aussicht stellen.

Hört es auch, Ihr Schupoleute, die ihr euch so wenig wie wir ausreichend kleiden und ernähren könnt, empfindet es, welche Schmach es ist, wenn man euch zwingt, für die um Geisler gegen eure eigenen Klassen-genossen vorzugehen. Begreift ihr nicht, daß der Feind der Arbeiter auch euer Feind ist? Begreift ihr nicht, daß der Sieg des werktätigen Volkes in Stadt und Land über Wucher und Schieber, über die Parasiten der kapitalistischen Gesellschaft auch euer Sieg ist?

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Für diesmal ist der schändliche, gegen euch geführte Streik mißlungen. Aber diesem Anschlag werden andere, besser vorbereitete folgen.

Blickt nach Mecklenburg, blickt nach Bayern! Dort organisieren die deutschen Faschisten Gewaltakte gegen die Arbeiterschaft, unbehelligt von den „republikanischen Behörden“. Die schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse rüsten im ganzen Lande, um die Arbeiter mit blutiger Gewalt niederzuschlagen, sie wehrlos dem nagenden Hunger auszuliefern. Die Gefahr ist nahe! Ihr müßt gerüstet sein!

Wo sind eure Feinde!

Ein Polizeipräsident, der den Orgeßchbanden hilft, die Arbeiter niederzuschlagen, steht im Lager der Feinde! Eine Arbeiterzeitung, wie in Berlin der „Vorwärts“, der die Warnungen der „Roten Fahne“ verhöhnt; der die euch drohende Gefahr verheimlicht; der die Lügenberichte der Orgeßch publiziert, steht im Lager der Feinde!

Feigheit, Trägheit, Gleichgültigkeit gegenüber den drohenden Gefahren, das sind die schlimmsten Feinde, und die stehen in euren eigenen Reihen!

Wären die Berliner Arbeiter am Sonntag anstatt zu Tausenden, zu Zehn- und Hunderttausenden aufmarschiert — die Orgeßch hätte sich feige in ihre Löcher verrochen und die Berliner Arbeiter wären der traurigen Pflicht enthoben, einen ihrer Kameraden zu Grabe zu tragen.

Kollegen, Kolleginnen!

Nehmt im ganzen Reich unerbüßlich in Betriebs- und öffentlichen Versammlungen zu den Anschlägen auf eure Bewegung Stellung und zieht alle Lehren, die sich für euch daraus ergeben.

Fordert überall die sofortige Freilassung der Inhaftierten.

Sorgt durch verzehnfachten Eifer, daß die Betriebsrätebewegung auch die finsternsten Gegenden Deutschlands, den letzten Betrieb ergreift.

Schafft und wirkt, damit jeder Proletarier zu seinem Teile die Betriebsrätebewegung unterstützt und den Kampf gegen Leuerung und Wucher aufnimmt, wo immer er die Gelegenheit dazu hat.

Bildet überall Kontrollausschüsse und setzt sie in Bewegung zur Erfüllung ihrer Aufgaben — der proletarischen Selbsthilfe.

Erfülle jeder seine Pflicht! Dient unserer großen Sache! Macht die Betriebsrätebewegung unüberwindlich — und alle Anschläge unserer Feinde werden zuschanden werden.

Berlin, den 19. Oktober 1922.

Der Reichsausschuf der deutschen Betriebsräte.

J. A.: Hermann Grothe.

Der 15. er Ausschuf der Berliner Betriebsräte.

J. A.: Hartmann.

die furchtbare Nähe eines neuen imperialistischen Weltkrieges aufgezeigt, sie hat vor allem den herrschenden Schichten Englands die gewaltige Gefahr gezeigt, die die Millionen unterdrückter Moslems für die britische Welt-herrschaft bedeuten. Der Sieg der Türken hat den Abgrund dort aufgerissen, wo der Erfolg Lloyd Georges am größten zu sein schien: in Vorderasien und Mesopotamien,

der Landverbindung nach Indien. Und nur notdürftig konnte Lloyd George den Abgrund überbrücken, indem er den Türken Ostthrazien zurückgab und den Vertrag von Sevres selbst in Stücke schlug.

Der Vollenber des englischen Imperialismus fällt über den ersten Ansturm der Unterjochten gegen das Imperium. Er fällt, nicht weil er, der patentierte

Papist, zum Schwerte greifen wollte, um die „Freiheit der Meerengen“ zu verteidigen, sondern weil sein Schwert stumpf geworden, weil er geschlagen worden ist.

Der größte Staatsmann Europas hinterläßt bei seinem Sturz innen- und außenpolitisch ein Trümmerfeld. Darum ist sein Abgang, der sich in den traditionellen Formen eines englischen Ministerwechsels vollzieht, mehr als nur ein politisches Ereignis. Er ist der Versuch der Liquidierung des Krieges und seiner auch für England verheerenden Folgen — noch nicht mit dem Mittel der proletarischen Revolution, sondern durch das tastende Auffuchen neuer Auswege; Auswege, die ebenso in die Sackgasse führen müssen, wie die Politik Lloyd Georges, deren Mißerfolg ja nicht der Mißerfolg einer Person ist, sondern in letzter Linie in den Widersprüchen des englischen Imperialismus selbst begründet ist.

In diesen Widersprüchen muß auch der neue Premier Bonar Law scheitern. Mag er, mit Poincaré im Bunde, in der Reparationsfrage schärfer gegen Deutschland vorgehen: er wird bei dem Widerstreit der englischen und französischen Interessen in Mitteleuropa mit dem imperialistischen Instrument von Versailles den Wiederaufbau der Wirtschaft so wenig fördern, wie es in 13 Konferenzen Lloyd George verstanden hat. Mag er, wie er es in der „Times“ vor wenigen Tagen angekündigt hat, die englische Politik von Europa loslösen, um sich auf Asien zurückzuziehen, er wird die Kolonialkonflikte mit Frankreich, mit den unterjochten Völkern nur verschärfen.

Für Ebert-Deutschland ist die Niederlage Lloyd Georges die Niederlage der Außenpolitik. Die von Hilferding inspirierte ängere Politik hat das Best, stets sich auf das schlechteste Pferd zu setzen. Sie hat auf den Bogisismus Lloyd Georges vertraut und dabei alle Vorteile des Rapallo-Vertrages sich aus der Hand winden lassen. Jetzt gerät sie nach dem Tode Lloyd Georges nicht nur in eine noch größere Abhängigkeit als bisher vom französischen Imperialismus. Sie gerät auch in Rußland selbst ins Hintertreffen, nachdem Poincaré die Beziehungen mit der Sowjet-Regierung ausgenommen hat. Vergeblich bemüht sich Herr Wirth jetzt endlich, den Rapallo-Vertrag auch auf die übrigen Sowjet-Republiken auszuweihen. Die Verteidigung der Unabhängigkeit der georgischen Menschewisten durch die deutschen Sozialdemokraten muß das deutsche werktätige Volk mit einer neuen außenpolitischen Niederlage bezahlen.

In England beginnt die Krise erst. Neuwahlen stehen bevor. Große Aufgaben erwachen den britischen Arbeitern. Die überkommenen bürgerlichen Parteien sind zerstückt. Die Liberalen und Konservativen sind in Anhänger und Gegner Lloyd Georges gespalten. Die Wahlen, in die die Arbeiterpartei mit 100 Kandidaten eintritt, werden ihr große Erfolge bringen. Die Möglichkeit der Regierungsteilnahme ist für die Arbeiterpartei gegeben. Sie wird, dem Stande der englischen Arbeiterbewegung entsprechend, voraussichtlich zunächst noch unzulänglich in der Form der Koalition mit den bürgerlichen Parteien in Erscheinung treten. Aber hinter dieser Unzulänglichkeit, die in der Praxis genau so scheitern muß wie die bürgerlich-sozialistische Koalitionsregierung in Deutschland, steht das Problem und die politische Notwendigkeit der reinen Arbeiterregierung. Die Krise in England ist eröffnet. Sie kann — das werden alle Umwege und alle Auswegversuche nur noch erhärten — nur gelöst werden durch das englische Proletariat im Bunde mit den revolutionären Arbeitern der Welt!

Um Ebert.

Reichstagsitzung vom 20. Oktober.

Nach Erledigung zweier kleiner Anfragen, folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes auf Verlängerung der Geltungsdauer der Demobilisierungsvorschriften bis zum 31. März 1923. Bei dieser Gelegenheit tritt Herr Abgeordn. Malzahn (fraktionslos) die Einbringung der Beschlüsse durch die Unternehmer und die Umgehung des Arbeitslosengesetzes. Er fordert schärfere und zeitigere Erhöhung der Arbeitslosenversicherung. Nach kurzer, weiterer Debatte wird die Verlängerung bis zum 31. März in erster und zweiter Lesung beschlossen.

Bei der dann folgenden Beratung des Koalitionsantrages auf Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten bis zum 31. Juni 1925 begründet Abg. Wirth (Ztr.) den gemeinsamen Antrag. Die gegenwärtige Lebenslage Deutschlands läßt es als zu gefährlich erscheinen, das Volk durch eine Präsidentenwahl in eine Erregung zu versetzen. Herr Ebert habe sich als ein Lager, beherrscher und beherrschter Mann erwiesen und sich allmählich Sympathie auch feindlicher Kreise erworben. Der Reichstag drückt dem Reichspräsidenten zum Schluß den tiefgefühlten Wunsch seiner politischen Freunde aus (Beifall im Ztr.).

Abg. Hergt (Dn.) beantragt namens seiner Freunde, die Präsidentenwahl am 3. Dezember d. J. vorzunehmen. Die Sozialdemokraten lehnen wieder einmal ein Parteiprogramm ab. Bei einer überparteilichen Verständigung kann das deutsche Volk erwarten (Zweifelhaft) die Reichspräsidentenwahl, die dem Reichspräsidenten Ebert die Verfassungsbefugnisse, die mit der Bestätigung der Wahl bezeugen, auch durch eine parlamentarische Mehrheit nicht geschmälert werden. Wir, die Sozialdemokraten, sind die Feinde der wahren Demokratie (Gelächter links).

Reichskanzler Dr. Wirth wendet sich gegen den Antrag, daß der Antrag ein Jaentscheid über die Sozialdemokratie bedeutet. Der Reichspräsident Ebert sei kein Parteimitglied. Ohne seine Zustimmung würden die Sozialdemokraten gar keine Sitzungen haben, im Reichstage zu sitzen (Geh. rüchig). Präsident Ebert sei der beste Helfer gegen die Feinde der Demokratie gewesen. Die Sozialdemokraten seien verängstigt, daß sie auf dem Reichspräsidenten sitzen, aber sie setzen nicht einmal ernstlich daran, um einen schärfen Gegensatz gegen die Sozialdemokraten herbeizuführen. Der Reichskanzler beantragt die Ablehnung des Antrages, damit die bestehende Regierung noch rechtlich amtiert. (Beifall bei der Mehrheit, erheben sich Hergt und Wirth).

Aus der Schule geplaudert.

Der Lohnsatz 50 v. H. des Friedenslohnes erscheint uns als zu hoch gegriffen. Was hier in Frage steht, ist der Begriff des Existenzminimums. Dabei ist auszugehen nicht von dem, was der Mensch braucht zu seinem Lebensunterhalt, sondern von dem, was vorhanden ist. Die Gewerkschaften hätten längst dazu gelangen müssen, die Lohnfrage nicht ausschließlich oder hauptsächlich unter dem Gesichtswinkel eines Wettlaufs mit den Warenpreisen zu betrachten.

„Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ Nr. 40 vom 14. Oktober 1922, Seite 579.

Abg. Müller-Franken (Soz.) sucht die Haltung freier Freunde herauszustreichen. Hindenburg als Kandidat sei von vornherein eine verlorene Sache. Die Deutschnationalen seien durchaus in der Minderheit. Die rechtsstehenden Parteien hätten allen Anlaß, sich vor einem Volksgericht zu fügen.

Präsident Lohse ruft den deutschnationalen Abg. Koch nachdrücklich zur Ordnung, weil er dem Reichskanzler zugehört hat. „Sie Heerapostel.“ Präsident Lohse mahnt, die Debatte ruhig, sachlich zu führen, da infolge von Mitteilungen, über geplante neue Anträge in letzter Zeit die Schlußmaßnahmen für das Leben des Reichskanzlers in letzter Zeit verklärt werden mußten. (Hört, hört.)

Abg. Dr. Stresemann (Dn.) spricht für den Antrag, weil Deutschland neue Kämpfe nicht vertagen könne. Reichspräsident Ebert habe nicht als Parteimitglied, sondern als ein Koalitionsmann gewirkt.

Abg. Maria Jellin (Komm.) spricht gegen den Antrag. Die Kommunisten seien überhaupt gegen jede Präsidentenschaft, wenn schon gewählt werde, so zehe es nicht um die Person, sondern um die Gesamtpolitik der nächsten Zeit. Es sei schmachhaft, an die Stelle der Volkswahl einen Rußhandel der parlamentarischen Parteien zu setzen. Die Sozialdemokratie habe wieder einmal die Volksrechte verraten, weil ihr die Koalition von Scheidemann bis Stinnes über alles geht. Ebert ist der Repräsentant dieser Koalitionspolitik, der Stinnespolitik und der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie. Unter Ebert war Justizminister, der auf das Volk schloß. Ebert ist der Repräsentant dieser Koalitionspolitik, der Stinnespolitik und der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie. Unter Ebert war Justizminister, der auf das Volk schloß. Ebert ist der Repräsentant dieser Koalitionspolitik, der Stinnespolitik und der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie.

Abg. Wegmann (Unabh.) erklärt, daß ein wahrer Sozialist Ebert angesichts der furchtbaren Krise unmöglich in seinem Amte beharrt hätte. Wir sind gegen den Antrag, weil er nur ein weiterer Schritt auf dem Stinneswege zur großen Koalition ist.

Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Hergt (Dn.) erklärt für seine Partei, nichts mit den deutschpolitischen Mördern und Verschwörern zu tun haben zu wollen.

Hierauf gibt der Reichskanzler Dr. Wirth unter großer Bewegung des ganzen Hauses die Erklärung ab: „Seien Sie sich des Ernstes der Situation bewußt. Wir müssen mit neuen politischen Morden in Deutschland rechnen. Es ist bereits von einem Beteiligten ein offizielles Beständnis abgelegt worden. Er warnt unter abschließender Kommentierung seines ehemaligen „Der Feind steht rechts“ vor verheerenden Reden, wie sie der Abg. Hergt heute wieder gehalten habe. Auch Abg. Hergt selbst schließt sich dem unter Hinweis auf die heftigen Protestaktionen bezüglich der zweifelslos bestehenden deutschpolitischen Mordzentrale an.“

Hierauf wird der Antrag auf die Präsidentenschaft in erster und zweiter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten und Deutschnationalen angenommen. Dritte Lesung am Dienstag.

Um 7 Uhr vertagt sich der Reichstag auf Sonnabend 2 Uhr (siehe Vorlagen und Anträge, darunter Erhöhung der Diäten für Reichstagsabgeordnete.)

Die Goldschajcheine.

Die Goldschajcheine sind das neueste Schlagwort, mit dem Hindenburg und BVP den arbeitenden Massen vorzulegen wollen, daß gegen die Entwertung der Mark, gegen die Lenkung und die Vorkaufung etwas geschähe. Die Goldschajcheine sind Anleihepapiere des Reiches, auf denen gedruckt steht, daß die Rückzahlung des Kuponbetrages und die Zahlung der Zinsen in Goldmark — berechnet nach der Dollarkurs der Pfennigmark — geschähe. Eine kurze Uebersetzung zeigt, daß die Ausgabe dieser Schajcheine nur ein Mittel ist, um den Staat der Mark einen Einfluß geben kann, daß sie eine Aktion ist, die allein im Interesse der Kapitalisten liegt, während die Mark, mit der der Arbeiter bezahlt werden, weiter fallen wird und muß.

Es ist klar, daß durch die auf die Schajcheine aufgedruckte Erklärung, daß sie in Goldmark zahlbar seien, noch keine Goldmark geschaffen werden. Anleihebeträge und Zinsen müssen in Papiermark, die nach dem derzeitigen Kurse der Devisen ausgerechnet werden, bezahlt werden. Damit also 1 B. sein Anleihepapiere auf 100 Goldmark, d. h. nach 2 Dollar, so muß der Anleihegeber bei einem Dollarkurs von 300 Mark nach 2000 Papiermark zahlen, um eine solche Goldschajcheine zu erhalten. Somit der Markwert noch weiter zu sinken, in Papiermark gerechnet, Zinsen und Rückzahlungsbeträge entsprechend wachsend. Daraus ergibt sich, daß die Goldschajcheine überhaupt nicht weiter sind als ein Staatsanleihepapier gleich dem Dollar oder irgend einem ausländischen Industriepapier. Ein Staatsanleihepapier, in dem zwar die Schuldverschreibungen und Kuponpapiere — wenn sie Vertrauen zum Reich haben — aber Papiermark sicher anlegen können, das aber den Fall der Papiermark nicht aufhält.

Der Fall der Mark wird nicht dadurch beseitigt, daß man durch ein Erzeugnis der Reichsbankerei ein wertvolles Anleihepapier schafft. Es muß hinter dem Anleihepapier eine Garantie stehen, die ihre Wertbeständigkeit sicher. Als eine solche Garantie könnte Herbeiführung der Goldmark der Reichsbank haben. Aber auch diese würde, wenn sie in diesem Jenseitig nicht wäre, bestenfalls in dem Finanznotstand des Reiches verpuffen werden, ohne daß auf die Dauer für sich nur ausserordentlich hienach würde die Wertbeständigkeit der Schajcheine zu verbürgen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung erklärt dem auch, daß eine Garantie der Reichsbank nicht in Frage käme, sondern daß andere Garantien herbeiführt sein. Welche, darüber überlegen Regierung und BVP.

Wie wenig die Schajcheine im übrigen zu dieser Herbeiführung ausreichten, so wenig haben, beweist die beabsichtigte Gründung einer Kredit-Verkehrs-Bank.

„Gesellschaft“ mit Dr. Sorge und Hugo Stinnes an der Spitze, den führenden Männern des Schwerkapitals. Diese Aktiengesellschaft soll den inländischen Kapitalisten ausländischen Kredit, also Dollars und Pfund dadurch verschaffen, daß die Kreditgeber ihre industriellen Werte durch Vermittlung der Aktien-Gesellschaft an die ausländischen Kreditgeber verpfänden. Diese durch Stinnes vermittelte Kreditaktion beweist wiederum, daß, was der „Marxist“ Hilferding nicht sehen will, daß die Schaffung eines wertbeständigen Geldes in Deutschland nur möglich ist durch einen ökonomischen Eingriff in die Sachwerte. Das Schwerkapital geht vor diesem Eingriff nicht zurück. Im Gegenteil, es geht planmäßig daran, die deutschen Produktionsmittel von dem ausländischen Bank- und Industriekapital erwässen zu lassen. Der Anleihevertrag war ein solcher Schritt; ein weiterer ist die Kreditversicherungs-Gesellschaft.

Kuppl. Hilferding aber, um das Schwerkapital zu schonen, schaut vor dem einzigen Ausweg der Währungs- und Wirtschaftskrisis in Deutschland, der im Interesse des Proletariats liegt, der Erhaltung der Sachwerte durch die Arbeiterklasse und die Produktionskontrolle zurück. Das Resultat ist weiterer Markfall, weiteres Geld für die breiten Massen und die Zulieferung der deutschen Produktionsmittel an das ausländische Kapital!

Die ober-schlesische BVP. wieder kaputt.

Der Kampf um die Mandate.

Am vergangenen Sonntag fand in Oppeln eine Parteikonferenz der BVP. Ober-schlesiens statt. Bei der Aufstellung der Kandidaten zu den bevorstehenden ober-schlesischen Wahlen zum Reichstag, Landtag und Provinziallandtag kam es zum offenen Bruch zwischen den alten BVP-Leuten und den eben erst großmächtig in die Parteiliste aufgenommenen Unabhängigen.

Die BVP-Leute hatten die beiden ersten Kandidaten einer jeden Liste für sich beschlagen. Erst an dritter Stelle wollten sie frühere Unabhängige zulassen, aber nur solche, die schon immer recht gestanden haben, wie einen gewissen Baron aus Ratibor, der seiner Beziehungen zum ober-schlesischen Selbstschutz wegen berichtigt ist. Den bisherigen USB-Landtagsabgeordneten Lichtenstein hatte man einfach abgeordnet. Ebenso ging es den beiden führenden Unabhängigen Ober-schlesiens, Rau und Zaja. Interessant ist hierbei, daß der wegen der Annahme von Plebiszitbestechungsgeldern kompromittierte Rau ursprünglich sich zur Ledebourgruppe geschlagen hatte, um sofort wieder anzufallen, als ihm Hoffnungen auf ein Parlamentsmandat der BVP gemacht wurden.

Die drei genannten ehemaligen USB-Führer verließen unter Protest die Konferenz. Sie sollen die Absicht haben, nun doch zu Ledebour zu stoßen, um so die Möglichkeit zu haben, wenigstens sich als Kandidaten der USB. aufstellen zu lassen.

Wir sind neugierig, wie sich die Ledebour-Partei als Erbin der alten „Bannerträgerin des revolutionären Proletariats“ zu diesen mandatslusternen USB-Helden, denen es gleichgültig ist, mit Hilfe welcher Partei sie einen Parlamentssitz drücken dürfen, stellen wird.

Dieser Vorgang wirft ein bezeichnendes Licht auf die innere Struktur der USB. Er zeigt nämlich auf, daß bei manchen Ledebourianern nicht politische Grundzüge, sondern Verärgerung maßgebend sind für die Aufrechterhaltung der USB.

Die unabhängigen Arbeiter wollen keinen Führerklub der Verärgerten, sondern eine proletarische Massenpartei des Klassenkampfes. Sie werden sich über kurz oder lang davon überzeugen, daß eine USB. keine innere Existenzberechtigung mehr hat und daß ihr Platz nur in der einzigen Klassenkampfpartei ist, die das Proletariat noch besitzt, in der Kommunistischen Partei.

Schlesische Rundschau.

Den Landarbeitern Bettelpfennige.

Nachdem in Schlesien das Landproletariat den Junkern deutlich zu verstehen gegeben hatte, daß es nicht gewillt ist, länger für Hungerlöhne zu arbeiten, wurden die Bauern der Landarbeiter nach einem Verfahren seitgezeigt, gegen das die Landarbeiter schärfsten Protest einlegen müssen.

Man errechnet den Barlohn nach 13 Zentnern Getreide pro Jahr, d. h. die Hälfte wird als Umlage- und die zweite Hälfte als freies Getreide bemerkt. Der Durchschnittspreis wird in jedem Monat neu errechnet. Die Junker haben also die Absicht, die Landarbeiter an hohen Preisen zu interessieren.

Daß aber trotzdem die Bäume nicht in den Himmel wachsen, zeigt folgendes Beispiel:

Nach dem Marktpreis berechnet folgenden Wert (29. 9. 22):

16 Ztr. Roggen	à 2900,—	= 46400,—
4 Ztr. Weizen	à 3200,—	= 12800,—
3 Ztr. Futtergetreide	à 2400,—	= 7200,—
20 Ztr. Kartoffeln	à 250,—	= 5000,—
365 Liter Milch	à 20,—	= 7300,—
26 Ztr. Rohle	à 400,—	= 10800,—
20 Ztr. Butter	à 350,—	= 7000,—
20 Ztr. Holz	à 50,—	= 1000,—
1/2 Morgen Kartoffelland gleich Ertrag von 20 Ztr., da selbst erarbeitet gleich Wert à Ztr. 150 A		= 3000,—
Wohnung		= 150,—
für Bodenschichten		= 120,—
		107550,—
dazu Barlohn		22750,—
		130300,—

Der Landarbeiter muß dafür mindestens 2836 Stunden pro Jahr arbeiten, sobald er einen Gesamtbarlohn von Mk. 4620 hat. Der Barlohn beträgt aber nur Mk. 802 pro Stunde, sobald der Landarbeiter in der 54½ wöchentlichen Durchschnittsarbeitsschicht einen Barlohn von 47,01 Mk. erhält. Davon gehen Steuern und Versicherung ab. Der Landarbeiter weiß nicht, was er von diesen Bettelpfennigen zuerst bezahlen soll. Um überhaupt zu leben, muß die Frau des Landarbeiters mitleiden. Der Lohn beträgt für sie in 36 Stunden à 1150, 414 Mk. Dafür muß die Proletarierin 4 Tage lang 9 Stunden schwer arbeiten.

Mit jeder Lohnerhöhung geht es dem Landarbeiter so. Wir können feststellen, daß der Lohn des Landarbeiters (Bar- und Deputatslohn) etwa 45 Zentner Roggen im Jahr beträgt, daß die Lebenshaltung der Landarbeiter auf die Hälfte des Wertes von dem vor dem Kriege gesunken ist. Die Lebenshaltung wird weiter sinken. Landarbeiter! Da hilft nichts als die Einsetzung von Kontrollausschüssen! Wählt Delegierte zum Reichsbetriebsrätekongress!

Aus der Partei.

Am 19. Oktober gingen die Marken für das Bezirksnotopler an die Ortsgruppen. Pflicht aller Unterkassierer ist es, sich sofort bei den Kassieren der Ortsgruppe zwecks Empfangs der Marken zu melden. Wir weisen darauf hin, daß in diesem Monat (Oktober) schon der erhöhte Beitrag von 12 M. und 6 M.

pro Woche kassiert werden muß, die Marken zu 10 M. 12 M. und die zu 5 M., 6 M. kosten und mit der Bezirkskasse als verrechnet werden. Wir machen auf diese Beschlüsse des Bezirksparteiages noch einmal aufmerksam. Die Bezirkskassierer.

Aus den Betrieben.

Folgt dem Beispiel.

Für den Reichsbetriebsrätekongress wurden weiter gesammelt: Bergfreiheit-Grube Riste 65265 M. 362, Riste 65267 M. 493, Riste 65268 M. 2022, Stema Pöschel, Reich- und Appreturanstalt Riste 65266 M. 500, Vereingte Schmiedebetriebe Wölschfabrik Riste 65269 M. 253; zusammen also M. 3627.

An unsere Postbesteller.

In Bezug auf die Nachzahlung des Unterschiedsbetrages zwischen tatsächlichem Abonnementpreis (120 M. für Oktober) und Postbestellgeld bestehen noch Irrtümer. Wir weisen deshalb auf folgendes hin: Die 90 M., die die Post eingezogen hat, sind nicht für den Monat Oktober allein, sondern für das ganze Vierteljahr (Oktober, November, Dezember) bezahlt worden. Die Postbesteller müssen daher für Oktober nicht 90 M. nachzahlen, sondern 90 M. Es muß also auch hier von weiteren Nachzahlungen in den Monaten November und Dezember zugrunde gelegt werden, das nur 30 M. pro Monat bezahlt sind. Die Nachzahlungen sind an die Produktgenossenschaft für die Provinz Schlesien, Nikolaistr. 49-50, Postfachkonto 310 59, zu richten oder durch gewöhnliche Postanweisung zu leisten. Verlag und Expedition der „Schlesischen Arbeiterzeitung“.

Gegen die Spaltungspolitik der Amsterdamer.

Den Zentralkomitee der Kommunistischen Partei nahm in seiner letzten Sitzung am 15. und 16. Oktober einstimmig folgende Resolution an:

Resolution zur Gewerkschaftsfrage.

Der Zentralkomitee der KPD stellt fest, die auf dem 2. Kongress der Kommunistischen Internationale beschlossene und auf dem 3. Kongress wie auf dem 1. Weltkongress der Roten Gewerkschafts-Internationale weitergeführte und bestätigte Linie der Eroberung der Gewerkschaften für den revolutionären Klassenkampf hat sich in Deutschland voll bewährt. In allen Bezirken und in allen Industriegruppen befinden sich die revolutionären Gewerkschaften auf dem Vormarsch. Trotz steigenden Widerstandes der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie wächst der Einfluß unserer Anschauungen über die Aufgaben der Gewerkschaften in den Massen, wenden unzählige Arbeiter ihr Vertrauen zu. Dieser wachsende Einfluß in der Arbeiterklasse resultiert nicht allein aus der planmäßigen Arbeit unserer Gewerkschaftsaktionen — diese läßt leider noch sehr viel zu wünschen übrig — sondern mehr noch aus den Methoden, der Praktiken der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie selbst.

II.

Was die Kommunisten schon seit Jahren wieder und wieder betonten, daß die kapitalistische Wirtschaft nicht einmal imstande ist, dem Proletariat das bisherige Lebensniveau weiter zu gewähren, bewahrheitet sich immer mehr. Das Existenzminimum der Arbeiterklasse wird von der Bourgeoisie systematisch gesenkt, um die Fortdauer des kapitalistischen Ausbeutungssystems zu erreichen. Die für kapitalistischen Wiederaufbau, Arbeitsgemeinschaft, Koalitionspolitik eintretende Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie, die sich aus Furcht vor den Konsequenzen des Klassenkampfes aus Haß gegen die revolutionäre Bewegung mit dieser unermüdlichen Entwicklung abfindet, ist lediglich bestrebt, die schlimmsten Folgen dieser Entwicklung für die Arbeiter und die Wirtschaft mittels der Arbeitsgemeinschaft zu kurieren. Anstatt jedoch die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern, führt umgekehrt diese Methode die Arbeiter und deren Organisationen von Niederlage zu Niederlage. Je mehr Arbeiter diese Tatsache erkennen, desto mehr wenden sich von den Amsterdamer und ihren Methoden ab, desto mehr bestimmen sie sich zu den Anschauungen der Kommunisten und wenden sich dem Klassenkampf zu. Die Kommunisten wissen, daß dieser Prozeß der Selbstbestimmung der arbeitenden Massen ein langwieriger Prozeß ist, und daß die Gewerkschaftsbürokratie nicht gesonnen ist, diesen Prozeß zu fördern, noch von ihren verwerflichen Wegen umzukehren und ihre Machtpositionen den revolutionären Elementen der Arbeiterbewegung auszuliefern. In ihrem Widerstand gegen den Revolutionierungsprozeß der Masse findet die Gewerkschaftsbürokratie die eifrigste Unterstützung der Bourgeoisie und ihrer Staatsgewalt. Trägt doch die Umkehr der Arbeiterklasse vom Boden der Arbeitsgemeinschaft zum Klassenkampf die unvermeidliche Konsequenz des revolutionären Angriffes der Arbeiter auf das kapitalistische Wirtschafts- und Staatssystem in sich. Durch ihr arbeitgemeinschaftliches Bündnis mit der Bourgeoisie werden die Gewerkschaftsbürokraten veranlaßt, Arbeiterinteressen untergeordnet den Interessen des kapitalistischen Staates.

Sie unterstützen das Stinnes-Überfallabkommen durch Uberschichten der Bergarbeiter und Durchbrechung des Achtstundentages. Sie erklären jeden Versuch des Proletariats, durch Streiks seine ökonomische Lage zu verbessern, als „wilde“ Streiks, als ein Verbrechen an den „Volkinteressen“, d. h. gegen die bürgerliche Demokratie, die Stinnesbürokratie. So haben sie gewaltsam die großen Streiks der Eisenbahner und Gemeindegewerkschaften abgewürgt und in Verbindung mit der „Technischen Nothilfe“ die kämpfenden Landarbeiter unter das Joch der Junter gezwungen. Unter der Parole: „Volksernährung ist wichtiger als Arbeiterrecht“ sicherten sie die Profite der Ausbeuter.

III.

Wollen die Arbeiter ihren Kampf gegen den Kapitalismus erfolgreich führen, dann kann das nur in der geschlossenen proletarischen Klassenfront geschehen. Wenn die revolutionären Gewerkschaften für die Bildung der Einheitsfront aller Arbeiter, für die Schaltung der gewerkschaftlichen Einheit mit aller Kraft eintreten, so tun sie das aus der in tausendfältiger Erfahrung gewonnenen Erkenntnis, daß nur die zum Klassenkampf geeinte und fest organisierte Masse den Gegner stürzen und den Sieg ausnützen kann. Der Wille zum Klassenkampf diktiert den Willen zur Einheit der gewerkschaftlichen Organisationen. Deshalb müssen die Kommunisten einen rücksichtslosen Kampf gegen alle Gewerkschaftspalster führen.

IV.

Auch die Amsterdamer führen die Rede von der Notwendigkeit der Erhaltung der Einheit der Gewerkschaften im Munde; sie wollen diese Einheit aber nicht zum Klassenkampf, sie wollen sie zur Aufrechterhaltung ihres Bündnisses mit der Bourgeoisie, sie sind, dieser nur bündnisfähig in der Arbeitsgemeinschaft oder in der Koalition, wenn sie die Arbeitermassen vom Klassenkampf abhalten können. In dem Ausmaß, in dem der Prozeß der Revolutionierung der Gewerkschaftsmitglieder sich vollzieht und die revolutionäre Positionen in den Gewerkschaften erobern, in demselben Ausmaß wächst der Haß der Bürokratie gegen die Kommunisten, sie werfen diese aus den Organisationen heraus in der Meinung, den unvermeidlichen Ernüchterungsprozeß der Arbeiter aufhalten zu können. Dabei ist es der Gewerkschaftsbürokratie gleichgültig, wenn durch ihre Gewalttätigkeit Hunderttausende von Arbeitern in den Indifferentismus versinken.

Der Landarbeiterverband wie der Eisenbahnverband sind durch den Ausfluß der besten Elemente bereits kampfunfähig gemacht. In vielen Orten und Betrieben sind ihre Organisationen vollständig zusammengebrochen. Der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, Waeplow, ist der Führer und Organisator der Gewerkschaftspalster. Er hat zuerst offen den Hinauswurf von hunderttausend oppositionellen Gewerkschaftsmitgliedern angedroht, auch wenn das die Spaltung der Gewerkschaften bedeuten sollte.

Je weniger sich die Kommunisten und revolutionären Gewerkschaften durch die Gewalttätigkeit einer verbrecherischen Gewerkschaftsbürokratie zu unbedachten Schritten provozieren lassen, je intensiver sie ihre zielbewußte Arbeit planmäßig fortsetzen und je mehr den breiten Arbeitermassen die Verbindlichkeit der arbeitgemeinschaftlichen Politik klar wird, um so weniger haben die Gewerkschaftsführer ein Interesse an der Erhaltung der Einheitsfront in den Verbänden.

Die Bürokratie will spalten, weil sie die Spaltung der Gewerkschaften als kleineres Übel für sich betrachtet. Natürlich bemüht sie sich, durch raffinierte Fälschungen und Verleumdungen die revolutionären Arbeiter für die Spaltung verantwortlich zu machen. Dort, wo aber auch dies nicht mehr gelingt und trotzdem der Einfluß der Kommunisten weiter steigt, ist ihre Gewalttätigkeit fortzusetzen und zu organisieren. Die Bildung von mit Gummihäutchen ausgerüsteten Gewerkschaftspalstern zur Bekämpfung von Kommunisten oder die unerblichste Aufforderung des „Vorwärts“ vom 12ten Oktober 1922, „den kommunistischen Gewerkschaftsführern ist die Tür zu weisen, selbst auf die Gefahr hin, von der kommunistischen Gegenpartei als Gewerkschaftspalster hingestellt zu werden“, die Drohung des „Korrespondenzblattes“ vom 23ten September mit dem Hinauswurf der Kommunisten, „der reinlichen Scheidung“ beweisen das hinlänglich.

Für die kommunistischen Gewerkschaften ergibt sich aus diesen Feststellungen:

- 1. die Richtigkeit der bisherigen Gewerkschaftspolitik der Kommunistischen und Roten Gewerkschaftsinternationale und die Notwendigkeit ihrer rücksichtslosen Fortsetzung, weil sie erfolgreich ist;
- 2. die Steigerung der aufklärenden Arbeit in den Gewerkschaften und ihre noch planmäßigere und intensivere Durchführung im Sinne des Jenaer Parteitagbeschlusses als bisher;
- 3. die Zurückweisung aller Stimmungen, die aus Verärgerung über die geschilderten Methoden der Amsterdamer oder aus revolutionärer Ungeduld wegen zu langsamem Fortschreitens unserer Arbeit mit den Gewerkschaften brechen und neue Organisationen gründen wollen.

VI.

Die Erhaltung der Einheit der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hängt nicht von uns, sondern von dem Treiben der Amsterdamer ab. Wir sind uns wohl bewußt, daß die feige und hinterhältige Gewerkschaftsbürokratie keine Stunde sich bestimmen wird, die Gewerkschaften nicht zu spalten, sondern sie zu zertümmern, wenn sie kein anderes Mittel mehr sieht, um die Positionen des bankrotten Reformismus gegen den Willen der Mitglieder zu behaupten. Aber unsere Taktik hat sich als die beste Methode erwiesen, die breiten Massen aus der arbeitgemeinschaftlichen Ideologie zu befreien und gleichzeitig ihr Vertrauen zu erobern. Wo durch die Maßnahmen der Gewerkschaftsbürokratie die Einheit der Arbeiterorganisationen gesprengt wird, wo breite Schichten von Klassengenossen in den Indifferentismus gestoßen werden, müssen die revolutionären Gewerkschaften dafür sorgen, daß solchen Arbeiterorganisationen zur Verteidigung ihrer Arbeiterrezistenz zur Verfügung stehen und die Indifferenten zum Klassenkampf zurückgewonnen werden.

Keine Drohung der Gewerkschaftsbürokratie und keiner ihrer Gewalttätigkeiten wird uns abhalten, diesen von uns als richtig erkannten Weg weiter zu schreiten. Wir werden bis zum letzten kämpfen für die Erhaltung der gewerkschaftlichen Einheit, und wo die Bürokratie trotzdem das Proletariat und seine Organisationen spaltet, da werden wir es wieder sammeln und organisieren zum neuen Kampf für die Einheitsfront aller Arbeiter, zum Kampf gegen das Kapital und seine Bundesgenossen.

Drei Menschen

Roman von Masim Gorki.

Mascha hörte gern die tiefe Stimme dieses Weibes mit dem großen Gesicht und den braunen Augen, die denen einer Kuh glichen. Und wenn auch Mascha stets nach Bräuterei wach, so hinderte das Mascha doch nicht, sich auf ihren Schoß zu setzen, sich fest an ihren starken, wie ein Hügel hervortretenden Busen zu schmiegen und sie auf die vollen Lippen des hübsch geformten Mundes zu küssen. Mascha legte des Morgens zu kommen, und am Abend versammelten sich die Kinder bei Mascha. Sie spielten allerhand Kartenpiele — „Dummkopf“, „Müller“ oder „Eigentum“, und öfter aber saßen sie über irgendeinem Buche. Mascha drehte gleichfalls mit großem Interesse zu, wenn sie lasen, und bei besonders schauerlichen Stellen schrie sie sogar auf.

Jafow war um die Kleine noch weit besorgter als Mascha. Er brachte ihr beständig von Hause Stücke Brot und Fleisch, Tee, Zucker und Petroleum in Bierflaschen mit, und ihr hinstellen auch Geld, das ihm vom Bäckerkaufen übrig blieb. Es war ihm zur Gewohnheit geworden, das Geld zu tun, was es geschah von seiner Seite alles zu beunruhigen, daß es niemand merkte. Mascha nahm ihrerseits keine Bemerkungen als etwas ganz Selbstverständliches hin und dachte nicht viel Aufsehens davon.

„Jafow!“ sagte sie — „es sind keine Kohlen mehr da!“

„Schon gut!“

Und nach einiger Zeit brachte er ihr entweder Kohlen, oder er gab ihr ein Zweipfennigstück und sagte:

„Geh, kauf weiche! ... Ich konnte keine stehen!“

Er brachte Mascha eine Schiefertafel und begann das Schreiben an den Abenden zu unterrichten. Es ging mit einem Unterriß langsam, nach zwei Monaten jedoch konnte Mascha immerhin alle Buchstaben lesen und auf die Tafel schreiben.

Mascha hatte sich gleichfalls an diese Beziehungen gewöhnt, und alle Leute im Hause schienen sie gleichsam zu übersehen. Mascha sah auch wohl Mascha selbst im Auftrag seines Verwandten irgend etwas aus der Küche oder dem Hofe und dachte es zum Scherz in den Keller. Ihm gefiel das Spiel, bräutete Mascha, das verwalte war wie er selbst, eigentlich aber gefiel es ihm, daß sie es verstand, sich so leicht durch die Welt zu bewegen, und alles ganz so unangekündigt eine Schwachheit. Er sah Mascha gern lachen und war

beständig darauf bedacht, sie zum Lachen zu bringen. Und wenn ihm das nicht gelang, ärgerte er sich und reizte das Mädchen.

„Schwarze Schmutzlotte!“ rief er höflich.

Sie blinzelte mit den Augen und höhnte ihrerseits:

„Knochiger Satan!“

Ein Wort gab das andere, und bald sanken sie sich in allem Ernst. Mascha wurde leicht heftig und warf sich auf Jafow in der Absicht, ihn zu kränken, aber er ließ vergnüglich lachend von ihr weg.

Einmal Tages, als sie Karten spielten, wies er Mascha nach, daß sie betrogen hatte, und rief ihr in seiner Wut zu: „Du ... Diebe von Jafow!“

Und dann ließ er noch ein häßliches Wort folgen, dessen Bedeutung er bereits kannte. Jafow war amüsant. Anfanglich ludte er, als er jedoch sah, daß das Gesicht seiner Freundin sich infolge der Beleidigung schmerzlich verzog und Tränen in ihren Augen blühten, wurde er blaß und verstummte. Und plötzlich sprang er vom Stuhl auf, warf sich auf Jafow, verfechte ihm einen Faustschlag gegen die Nase, packte ihn bei den Haaren und warf ihn zu Boden. Alles das geschah so rasch, daß Jafow gar nicht dazu kam, sich zu verteidigen. Dann stand er auf und stürzte blind vor Wut und Schmerz, mit dem Kopfe voran auf Jafow los.

„Wart, mein Freund! Dich will ich ...“ rief er zornig.

Da sah er, wie Jafow mit den Ellbogen auf den Tisch gestützt bitterlich weinte, während Mascha neben ihm stand und mit tränenerfüllter Stimme zu ihm sprach:

„Laß ihn laufen, den Heiden ... den Bösewicht! ... Sie sind alle schlecht ... sein Vater ist auf Zwangsarbeit und sein Onkel ist buchelig! ... Ihm wird auch ein Buckel wachsen! Gemeiner Kerl, du!“ schrie sie, furchlos auf Jafow losgehend. „Stiller Grindkopf! ... Dummkopfler! ... Ich so foman doch her! Komm her! Dir will ich schon das Gesicht zerkratzen!“ „Na, geh doch los auf mich!“

Jafow rührte sich nicht vom Fleck. Es ward ihm schwer ums Herz beim Anblick des weinenden Jafow, dem er nicht hatte wehtun wollen, und er schante sich, mit einem Mädchen sich herumzuprügeln. Ihr wäre es nicht darauf angekommen, daß sah er ihr schon an. Ohne ein Wort zu sagen, verließ er den Keller und ging lange im Hofe umher, ein quälendes, bitteres Gefühl im Herzen. Dana trat er an das Fenster von Petruschka's Wohnung und spähte vorsichtig nach oben hinein. Jafow spielte schon wieder Karten mit seiner Freundin. Mascha, deren untere Gesichtshälfte von dem Jafow der Karten bedeckt war, schien zu lachen, während Jafow in seine Karten schaute und un-

entschlossen mit der Hand bald die eine, bald die andere berührte. Es ward Jfwa schwer ums Herz. Er spazierte noch ein Weilchen im Hofe hin und her und ging dann kühn entschlossen in den Keller zurück.

„Rehmt mich wieder auf!“ sagte er, an den Tisch herantretend.

Sein Herz schlug heftig, sein Gesicht glühte, und die Augen waren niedergeschlagen. Jafow und Mascha schwiegen.

„Ich werde nicht mehr so schimpfen! ... Bei Gott, ich werde es nicht mehr tun!“ fuhr Jfwa fort und schaute die beiden an.

„Na, dann setz dich schon ... ach, du!“ sagte Mascha.

Und Jafow fügte erst hinzu:

„Dummkopf! Bist doch nicht mehr klein! ... Mußt doch wissen, was du sprichst!“

„Reiß, wir sind alle noch klein!“ rief Mascha Jafow ins Wort und schlug mit der Faust auf den Tisch auf.

„Darum dürfen wir auch keine gemeinen Worte gebrauchen.“

„Du hast mich aber gehörig geschlagen!“ sagte Jfwa vorwurfsvoll zu Jafow.

„Fast es verdient! Beleg dich nicht! ...“ warf Mascha in schulmeißerndem Tone und mit strenger Miene hin.

„Na gut ... ich bin nicht böse darum ... Ich war schuld ...“ bekannte Jfwa und lächelte derwärts Petruschka's Sohn zu. „Wir wollen uns wieder vertragen — was?“

„Mir ist's recht. Nim die Karten.“

„Wilder Teufel, du!“ sagte Mascha.

Damit war alles erledigt. Eine Minute später war Jfwa wieder starrungelad in das Kartenspiel vertieft. Er setzte sich immer so, daß er gegen Mascha ausspielen konnte. es gefiel ihm ungemein, wenn sie verpielte, und während der ganzen Dauer des Spiels war Jfwa immer nur darauf bedacht. Aber die Kleine spielte recht geschickt, und für gewöhnlich war Jafow der Beschpieler.

„Ich du Slogaugiger!“ sagte dann Mascha mitleidig — bist wieder der Dumme!“

„Hol der Teufel die Karten!“ verfechte Jafow. „s ist langweilig, das ewige Spielen. Laß uns lieber in der „Kartenschabale“ weiterlesen!“

Sie holten ein zerrissenes und schmutziges Buch hervor und lasen die Lebensgeschichte der verlebten und unglücklichen „Kartenschabale“.

Als Mascha spatzen die drei Kinder so vergnügt sich die Zeit vertreiben sah, meinte er im Tone eines welt-erfahrenen Mannes: „Ihr führt hier ein angenehmes Leben, ihr Schläudertier!“

Kotales.

Wie die Pilze.

aber die Pilze, entstehen in Breslau die Dielen, Klotzstufen, Sesseltische, Bars, Bierneisen und Ruffes, die Schlemmer- und Kesseltische, was die Arbeiter das durch Wucher und Spekulation aus den Arbeitern und Angestellten herausgerissen viele Geld verpulvern. Greifen wir einen beliebigen Straßentisch heraus - a. B. die Kesseltische vom Königs bis zum Märkerplatz, kommen auf 68 Häuser, meistens Goldschmiede, 8 Hausbuden. Was jedoch das merkwürdigste ist, es sind allein im letzten halben Jahre hundert neue entstanden: eine „Frühstücksstube“, eine Klotzstufe, ein Wein- ausdruck, eine „Frühstücksstube“, eine Klotzstufe, ein Wein- ausdruck hat sich vergrößert! Das bei dem Geschrei der Sozialdemokraten, was sie alles gegen das Prasseltum tun! Es bleibt eben alles bei ihnen nur Maulbeldentum für die Wähler. Als Stadtväter beschreiben sie jedoch vater- lichen Handel und Industrie, den Suss. Weitere Illu- strationen darüber, wie die SPD. die Stadt Breslau mit Giftstoffen überwuchern läßt, werden wir unseren Lesern nicht vorenthalten.

Wird sich keiner finden?

Aus den Kreisen der Intellektuellen wird uns geschrieben. Breslau ist eine Intellektuellenstadt, Breslau hat eine Un- menge Lichtspieltheater. Aus diesen Tatsachen würde ein uneingeweihter schließen, daß es in Breslau so was wie wissenschaftliche, vollständig beschriebene Kinovorstellungen ge- ben muß. Aber weit gefehlt! Es gibt nur den hergebrachten Schund, aufnahmewaise auch verfilmte Belletristik. Was a. B. der „Sinfonienfilm“, der wohl durch alle Städte die Reise gemacht, oder der neue biologisch-antropologische Lehrfilm „Wie der Mensch wird, wie der Mensch ward, wie der Mensch wurde“, ja die zahlreichen wunderbaren Sachen, die es auf diesem Gebiete gibt in Breslau eine gottliche Aufnahme finden konnten, ist wohl bei der Mägen-Einstellung undenkbar. Oder wird sich doch ein Kino-Unternehmer finden, der sein Theater regelmäßigen wissenschaftlich-vollständigen Vorfüh- rungen öffnet? Von der reaktionären Unwissenheit und von dem in Sorge nützenden lebenden Magistrat ist ja erfahrungsgemäß in dieser Richtung nichts Gesehieses zu hoffen.

Die Schuldfrage von Versailles.

Drei Redner hätte der Bund für „Recht und Wahrheit“ aufmarschieren lassen, um über dieses Thema die Öffentlich- keit, d. h. die Kleinbürger, aufzuklären. Der Vorsitzende dieser Versammlung betonte einleitend, daß die großen Ziele dieses deutschen Bundes keine chau- vinistischen seien, daß der Bund durch eine „moralische Offen- sive“ die deutsche Not bekämpfen will. Als erster Redner sprach Herr Dr. Herchel vom Zentrum. Seine Rede stand in fortwährendem Widerspruch mit dem von ihm selber angeführten Satzen. Immer wieder wollte er die all- gemeine Not beweisen, doch mußte er selber zugeben, daß in den Weindörfern die fetten Schlemmer und die gewissen- losen Wucherer mit dem süßlichen Schmutz und den dicken Zigarren, mit ihren legalen und illegalen Maitresses beim Schlingeln sitzen, während die große Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die alle Worte schaffen darüber müssen. Mit frommem Augenaufschlag sagte Dr. Herchel daß 38 Milliarden Goldmark an die Entente abgeliefert worden sind. Er erwähnte aber nicht, daß diese wahr- sinnige Summen lediglich aus den Taschen der Arbeitnehmer kommen, während gerade seine Kreise sich immer glänzender vor dem Zahlen zu drücken wählten. Als zweiter Redner sprach der gelbe Gewerkschaftssekretär König, der eine wilde politische Schreie hielt. Herr König ist Geschäftsführer des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und ist als solcher gut darüber unterrichtet, daß es keine allgemeine Not gibt, daß die Angestellten bei ihren Hungergehältern kaum er- frieren können, während die Herren Prinzipale vor Ueber- mut nicht wissen, was sie mit ihren Büchergewinnen be- ginnen wollen. Als der „Demokrat“ König die Betei- ligung erwähnte, mit denen der freien deutschen Repu- blik die Rentner abgefunden werden, und wieder nur dem „Feind“ die Schuld heimlich, ist der Arbeit ganz emp- port, nein, ihr seid Schuld, das ist der Geist des Vaterlandes. Bei diesem Zorn erhob sich ein großer Lärm, der nation- alistische Mob, dem schon die Rede des Dr. Herchel zu radikal war, begann zu heulen. Schließlich wählte Herr König nichts zu erwidern, so murmelte er nur von den hohen Bezahlungsdörfern. Daß kein Herrsch. der Menschenschläch- ter Hundstoffs Hundertrahende und 38 Milliarden ein- nehmen, braucht ja ein gelber Gewerkschaftsführer nicht zu wissen. Die Kollegen im B. D. A. haben die Pflicht, einen derartigen Vertreter ihrer Interessen, der nichts, gar nichts von den Hören der Angestellten weiß, zum Scheitern zu jagen.

Nach Herrn König kam ein Professor vom Borghaus zum Wort, der über die Zusammenhänge der Parteien seine „ge- lehrte“ Nase rümpfte und es gar nicht verstehen konnte, daß ein Arbeiter „Jense“ Jense für Arbeiter hält. Ich mein, Herr Professor, so nicht hat die Arbeiter nicht, für uns bedeutet die Fabrik keinen Bienenstock, sondern harte und schwere Arbeit, von der die anderen die nichts von den Vorteilen haben. Hieraus wurde eine Resolution verlesen, die Regie und aufzuberren, die Schuldfrage zu bekämpfen. Die Arbeiter müssen aus dieser Knautzgebung lernen, alle drei Redner bezeichnen immer wieder, daß Vaterland, lies Sozial- reformen, hebe über der Partei. Für uns muß es immer heißen, daß Proletariat über der Partei. Wir müssen uns daran gewöhnen, an Stelle des nationalen Vaterlandes das gesunde proletarische Klassenbewusstsein zu setzen.

Der Berliner Friedensvertrag ist die Fortsetzung des 1914 von der internationalen Sozialistische beginnenden Krieges gegen die Arbeiter, mit anderen Worten. Nur der inter- nationale, revolutionäre Klassenkampf der Arbeiter aller Länder wird diesen Schandvertrag zerbrechen. E.

Arbeitslosenversammlung.

Am 11. Oktober fand im Schützenklub eine Arbeits- losenversammlung statt. Der Vorsitzende Herr Schorff, be- richtete über das Thema: „Warum sind die Arbeitslosen den Hunger preisgegeben?“ Es herrschte große Begeisterung darüber, daß die Gewerkschaften und die SPD. duldet, daß die Arbeitslosen immer tiefer ins Elend sinken und durch Herabsetzung der Gehälter gequält sind. Es wurde verschiedene Anträge an den Magistrat gerichtet und es wurde eine Resolution an die gesamte Arbeiterkategorie Breslaus angenommen.

Die am 11. Oktober im Schützenklub verlesenen Arbeitslosen verlangten von den in den Betrieben be- schäftigten Kollegen, daß sie sich reiflich für den Reichs- beiratswahlkampf einsetzen und auf denselben für die beschriebenen Forderungen der Arbeitslosen ein- treten.

- Forderungen:**
1. Sofortige Einweisung in den Produktionsprozess und - soweit das nicht möglich ist - Eröffnung der Arbeitslosenunterstützung in Höhe des Spitzlohnsummes.
 2. Bisherige Sorge zu tragen, daß die Arbeitslosen zur Solidarität aufgerufen werden und sich an Demon- strationen durch Arbeitslosenbesetzung oder passive Resistenz beteiligen.
- Arbeiter, Arbeiterinnen Breslaus! Seid dem Reichs- beiratswahlkampf euer bester Helfer und Schutzherr! Be- weist, daß euch das gleiche Los treffen kann. Darum: unter- stützt die Arbeitslosen in ihren berechtigten Forderungen.

Sorgt für die Schweine des Magistrats.

† **Kaufmanufaktur des Hausmülls.** Verschiedene Städte sind veranlaßt durch die wirtschaftliche Lage und übergroße Futtermittelnot dazu übergegangen, zur besseren Ausnützung der im Hausmüll vorhandenen Nährstoffe auf ihren Müll- abladepätzen Schweinezüchterei einzurichten. Die damit erzielte Ersparnis können als gut bezogen werden. Auch die Stadt Breslau beabsichtigt, ihre Müllabladepätze in der gleichen Weise verwenden zu lassen, einmal, um eine neue Einnahmequelle zu erschließen, andererseits aber auch, um eine ausbreitende Vergiftung der Stadt mit Schweinefleisch zu verhindern. Die bisher angestellten Versuche haben einige Vergiftungsfälle bei den Schweinen gezeigt, die vernach- lässigt auf ausgelegtes Rattengift oder vergiftete Kadaver, die in die Mülleimer gelangt sind, zurückzuführen sind. Um derartige Vorkommnisse in Zukunft zu vermeiden, wird an die Bürger die Bitte gerichtet, Giftstoffe oder vergiftete Kadaver nicht in die Mülleimer zu bringen, sondern diese durch Begraben oder auf andere Weise unschädlich zu machen.

Städtischer Wucher.

Ein Händler schreibt uns: Der Magistrat (Kohlen- verorgung) schickte meiner Frau am 6. Oktober einen Wag- gon Kohle, 420 Zentner. Die Kohle lagerte schon zirkel eine Woche auf dem Güterbahnhof. Am 4. Oktober wurden die Kohlenpreise um 50 Mt. erhöht, so daß der Magistrat an der Lieferung 21 000 Mt., abzüglich 3000 Mt. Stand- geld, gleich 18 000 Mt. verdient. Der Magistrat behält die Kohlen zurück, um dann erhöhte Fracht- und erhöhte Grubenpreise zu fordern. Was ist das anderes als Wucher?

† **Hilfsschüler und weltliche Schule.** Anfragen aus Eltern- kreisen geben der Schulverwaltung Veranlassung, darauf hin- zuweisen, daß eine Umkehrung von Hilfsschülern in die weltliche Schule nach den zurzeit geltenden Bestimmungen un- zulässig ist. - **Brotreizeit!** Da bleiben den Pfläßen doch wenigstens die zurückgebliebenen Kinder erhalten.

† **Schwerathletik.** Die diesjährigen Bezirkswettkämpfe fin- den am 5., 12. und 19. November, von 9-2 Uhr vormittags in der Vellingtonstraße statt. Offen für alle Bezirksmit- glieder. Am 5. 11. starten nur Schüler und Jugendliche und nur im Ringen, erstere in einer Klasse, letztere in 5 Klassen (85, 100, 115, 130 Pfd. und darüber). Am 12. 11. und am 19. November sämtliche Sportgenossen über 18 Jahre im Gewicht (Bierdampf) und Ringen in 5 Klassen (110, 120, 135, 150 Pfd. und darüber). Startgeld wird für Schüler und Jugendliche nicht erhoben. Sonst ist Startgeld für eine Uebung 30,00 Mt., für beide Uebungen 50,00 Mt. Nach- meldungen und Meldungen ohne Startgeld werden nicht an- genommen. Meldeschluß ist am 29. 10. 22. Meldungen sind zu richten an Sportgenossen B. Mende - Breslau, Ver- mählstraße 14. 4. Etg. Als Beweise werden laut Bezirks- beschluß nur Bücher über Sport, Wirtschafts- und Sozial- politik ausgegeben. Jede gewünschte Auskunft erteilt der Bezirksvorsitzende A. Orzmele. Breslau 6, Jagd- straße 25. Die Bezirksleitung.

† **Würgerliche Zeitungsredakteure.** Es gibt leider noch sehr viele Arbeiter, die es nicht für nötig finden, eine Arbeiter- Zeitung zu lesen. Statt dessen halten sie bürgerliche Zei- tungen. Diese der würgerlichen Arbeiter fallen auf jede Reihe herein. Einmal ist es die Anfertigung eines neuen Romans, ein andermal Versicherung usw. Was es mit den Versicherungsblättern auf sich hat, konnte dieser Tage ein Bergmann von hier feststellen. Er war längere Zeit Abon- nent der Breslauer Würgerzeitung. Bei dem Tode seiner Frau erhielt er ein Scheckgeld von 297 Mt. Was den heu- tigen Verhältnissen müßte diese Summe gar nichts, zumal der Abonnementpreis für die Zeitung wöchentlich 23 Mt. bei einmaligen Erträgen auch nicht gerade niedrig bemessen ist. Falls sich ein Arbeiter versichern will, so ist er es am besten in der Volksfürsorge. Man hält sich nicht eine Zeitung um Romane zu lesen, von denen hauptsächlich die Frauen emp- genommen sind, sondern um die jetzt so wichtige wirtschaftliche und politische Lage festzustellen. Jeder Arbeiter der eine bür- gerliche Zeitung unerschwert, ignoriert sich und seine Arbeits- brüder. Die Arbeiterkategorie, die heute schwer um ihre Exi- stenz ringen muß, wird, wenn sie durch Streik ihre Lage verbessern will, von der bürgerlichen Presse niedergedrückt. Denn jeder Streik bedroht die kapitalistische Wirtschafts- ordnung. Es ist daher für jeden Arbeiter eine unbedingte Notwendigkeit, ein Arbeiterorgan dauernd in seinem Haus- halt zu haben, das ihm in seinen wirtschaftlichen Kämpfen treu zur Seite steht. Dies tut am besten die kommunistische Presse, die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung“, die mit der Arbeiter- kategorie Freund und Leid teilt und auch und auch.

† **Gewerkschaftsartikel.** Mittwoch, den 21. Oktober im Bechwald (Kleiner Saal). Bezirkssekretär Beckert anwesend. Spricht über die neue Reichsversicherungsordnung und den Antritt des Ortsausschusses Freiburg aus dem Bezirks- sekretariat. Alle Kartellbelegierten wie Funktionäre und Vertrauensleute der Arbeiterbewegung werden hiermit ein- geladen.

† **Geißdorf.** Aus der Partei. Am Sonntag, 15. 11., fand im Geißdorf eine Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Schützenau-Geiß- dorf statt, die sehr gut besucht war, trotzdem am selben Sonntag schon eine öffentliche Volksversammlung der SPD. im Schützenau stattfand. Zu Beginn gab Genosse Mat das Referat der Werkschule Geißdorf. Es hat 41 neue Mitglieder und 9 neue Zeugnisschreiber zu verzeichnen. Schützenau 8 Mitglieder und 7 Zeugnisschreiber. Hierauf gab der Genosse Mat den Bericht vom Bezirksparteitag, der mit Interesse aufgenommen wurde. Die Beitragsfrage wurde gründlich debattiert. Genosse Jannas begründete noch- mehr als notwendig das Notwendige. Die Abstimmung ergab vollste Zustimmung mit dem Beschluß des Par- teitag. Des weiteren wurden die Genossen ermächtigt, sich recht zahlreich an der Parteitagung zu beteiligen. Zum erstenmal haben sich auch die Frauen recht zahlreich an der Parteitagung beteiligen. Beim Punkt „Be- schluß“ wurde die Landbesetzung behandelt. Eine Genossin und drei Genossen meldeten sich freiwillig dazu, mit Zing- blättern über Land zu gehen. 5 Zeugnisschreiber waren der Landbesetzung beigewohnt. In vorgerückter Stunde wurde auch dem Vorstand der Internationale die inbe- trachtete Parteitagung geschlossen.

† **Gottschberg.** Ein feiner Herr ist der Hauswart, Baropferger und Privatierlicher Schaffer. Er hat schon er den Bergleuten nicht den so teuer verdienten Lohn, indem er ihnen vorwirft, sie verheizen nicht einzuhalten, während er im Jahre 2 bis 3 Schweine schlachtet kann. (Das läßt sich allerdings besser einstellen.) Dann möchte dieser Herr unter allen Umständen eine Wohnung in seinem Hause als Baropferger haben. Des- halb drängt er fortwährend eine Mittlerin, sie solle sich auch einer anderen Wohnung suchen. Er möchte sie gar zu gerne auf der Straße liegen lassen. Günstigere Arbeiter wußt

dieser seine Herr „Unerschlichkeit“ vomwerfen. Er will Baropferger müßte wissen, daß es nicht statthaft ist, die Kloakenjauche in die städtische Kanalisation zu schleppen, was er in eigener Person schon des öfteren getan hat. Die Arbeiter hatten nämlich die Sache der Stadt gemeldet, und deshalb den Herren verhaftet. Nun verliert er andere Zwangsmaßnahmen gegen den Arbeiter zu ergreifen. Dann ist noch zu erwähnen, daß er bereits im Sommer auf- merksam gemacht wurde, das Kloakenloch ausbessern zu lassen, da das Grundwasser durchdringt. Er wollte es aber nicht machen lassen und jetzt nach dem Regen sah er, daß das Wasser alle acht Tage fast überfließt, so daß die Jauche vor der Hinter- tür zu stehen kommt und wir dadurch mit den Füßen der Gestank in die Wohnungen schleppen müssen. Auch der Abortkanal ist bis zum Deckel fast immer voll, so daß man vor dem Essen sich nicht hinsetzen darf, sonst ist man schon vorher satt. So sieht es bei gebildeten Leuten aus, wo außer- dem noch ein Herr Rektor der latj. Schule wohnt!

† **Greifenberg.** Eine Blamage der SPD-Größen. Am Sonnabend, den 14. Oktober, fand in Greifenberg eine öffentliche Gemein- schaftsvorstellung statt zu der Genosse Jannas zu Diskussion geladen war. Die SPD-Größe Kutschke-Lauban hielt ein recht feierliches Referat über die Einigung der De- mokratie. Der Plan war ganz gut eingefädelt. Man wollte den Genossen Jannas in den schwarzen Winkeln Greifenberg laden, um ihn einmal gründlich einzufleischen. Das war schon daraus zu ersehen, daß in der Versammlung die Größen Kutschke-Lauban, Hilscher-Hirschberg, Krause, Greifenberg und Gärtners-Gölich auffahren sollten. Gärtners- Gölich war aber im letzten Moment krank geworden. Die Rechnung wurde jedoch ohne den Wirt gemacht. Die langen Reden verrieten die Verlegenheit, als man bemerkte, daß die Versammlung sich zur Hälfte aus Kommunisten zusam- mensetzte. Die Ortsgruppen Schöndorf, Langenbühl, Lauban, Nichtenau und Gutsdorf ließen es sich nicht nehmen, den Ereignis beizuwohnen. Die Gölcher Volkszeitung, ge- führt in ihrer Mittwoch-Nummer über die kommunistischen Kuber- störer, die zu Scharen hierhergekommen waren und kaum die Schulbank verlassen hätten. Genosse Jannas wurde eine Maschine genannt, die nicht zum Stillstand zu bringen ist. Die kommunistischen Redner rechneten geblüht mit den Her- schafften ab. Um 1/2 Uhr pläsierten die Genossen immer heftiger aufeinander, so daß die Versammlung aufgelöst werden und Herr Kutschke ohne Schlusswort seinen Heimweg antreten mußte.

† **Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien).** Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistraße 49/50. Fernsprecher Ring 883. Adressen: Breslau, Nikolaistraße 1, Nikolaistraße 49/50. Pohl- schiedsliste 68864, Alfreida 1.

† **Bezirksleitung.** Montag, den 23. Oktober, nachm. 5 Uhr findet im Parteibüro Sitzung der Bezirksleitung statt. Alle Mitglieder der B. D. wollen pünktlich erscheinen.

† **Unterbezirk Breslau.** Büro: Breslau, Nikolaistraße 49/50. Josef Köhler. Um die Finanzierung unserer Ortsgruppe in eine geordnete Bahn zu bringen, ist eine pünktliche Kassenabrechnung und Beitragszahlung erforderlich. Die Beiträge müssen bis zum 28. Oktober für diesen Monat abgerechnet. Eine geordnete Kassenabrechnung hebt unser Finanzwesen.

† **Unterbezirk Waldenburg.** Büro: Gottesberg, Langenbühl, 1. Etg. W. Metzger. Langenbühl. Dienstag, den 24. Oktober, abends 7 Uhr Frauenmitgliederversammlung. Referentin Genossin Kupta-Breslau.

† **Freiburg.** Mittwoch, den 25. Oktober, abends 7 Uhr, Frauen- mitgliederversammlung. Referentin Genossin Kupta-Breslau.

† **Kreisleitung Oppeln.** Am Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, findet eine Kreisleitung der SPD. Kreisleitung Oppeln statt. Tagungslokal wird noch durch Rundschreiben an die Ortsgruppen und Vertrauensleute bekanntgegeben.

† **Verantwortlicher Redakteur:** Karl Ordig; Inserate: Max Schöcher. Druck und Verlag: Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, z. B. m. b. H., sämtlich in Breslau.

† **Schauspielhaus.** Operettenbühne. Telefon R. 2546. Montag, 7 1/2 Uhr Ein Walzertraum. Dienstag, 7 1/2 Uhr Die beiden Nachtigallen. Mittwoch, 7 1/2 Uhr Ein Walzertraum. Donnerstag, 7 1/2 Uhr Die Bajadere. Freitag, 7 1/2 Uhr Die Tanzgräfin. Sonnabend, 7 1/2 Uhr Prinzessin Olala. Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr Die beiden Nachtigallen. Sonntag, 7 1/2 Uhr: Prinzessin Olala.

† **Lieblich-Theater.** Täglich 7 1/2 Uhr: Das grosse Oktober-Programm. Täglich 8 Uhr: Das grosse Liebig-Programm.

† **Zentralverband der Schuhmacher.** Verwaltung Breslau, Margaretenstraße 17. Montag, 23. Oktober, abds. 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus Margareten- straße 17, für alle in Schuhmacherei- werk beschäftigten Personen. wichtige Versammlung. Tagesordnung: Die neuen Lohnzulagen im Handwerk. Einlaß nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder Mitgliedskarte. Vollgültiger Besuch ist notwendig. Die Lohnkommission i. A. Gg. Keiner.

† **Carl Schirdewan.** Kornbrennerei - Klosterstr. 102. kauft eigene Brantwein- und Likörfaschen. 1/1 u. 3/4 zu Mk. 40.- 1/2 u. 3/8 zu Mk. 30.- Weinflasch. zu Mk. 30.- das Stück zurück.

† **Carl Schirdewan.** Kornbrennerei - Klosterstr. 102. kauft eigene Brantwein- und Likörfaschen. 1/1 u. 3/4 zu Mk. 40.- 1/2 u. 3/8 zu Mk. 30.- Weinflasch. zu Mk. 30.- das Stück zurück.

† **Carl Schirdewan.** Kornbrennerei - Klosterstr. 102. kauft eigene Brantwein- und Likörfaschen. 1/1 u. 3/4 zu Mk. 40.- 1/2 u. 3/8 zu Mk. 30.- Weinflasch. zu Mk. 30.- das Stück zurück.

† **Carl Schirdewan.** Kornbrennerei - Klosterstr. 102. kauft eigene Brantwein- und Likörfaschen. 1/1 u. 3/4 zu Mk. 40.- 1/2 u. 3/8 zu Mk. 30.- Weinflasch. zu Mk. 30.- das Stück zurück.

† **Carl Schirdewan.** Kornbrennerei - Klosterstr. 102. kauft eigene Brantwein- und Likörfaschen. 1/1 u. 3/4 zu Mk. 40.- 1/2 u. 3/8 zu Mk. 30.- Weinflasch. zu Mk. 30.- das Stück zurück.

† **Carl Schirdewan.** Kornbrennerei - Klosterstr. 102. kauft eigene Brantwein- und Likörfaschen. 1/1 u. 3/4 zu Mk. 40.- 1/2 u. 3/8 zu Mk. 30.- Weinflasch. zu Mk. 30.- das Stück zurück.

† **Carl Schirdewan.** Kornbrennerei - Klosterstr. 102. kauft eigene Brantwein- und Likörfaschen. 1/1 u. 3/4 zu Mk. 40.- 1/2 u. 3/8 zu Mk. 30.- Weinflasch. zu Mk. 30.- das Stück zurück.

† **Carl Schirdewan.** Kornbrennerei - Klosterstr. 102. kauft eigene Brantwein- und Likörfaschen. 1/1 u. 3/4 zu Mk. 40.- 1/2 u. 3/8 zu Mk. 30.- Weinflasch. zu Mk. 30.- das Stück zurück.

† **Carl Schirdewan.** Kornbrennerei - Klosterstr. 102. kauft eigene Brantwein- und Likörfaschen. 1/1 u. 3/4 zu Mk. 40.- 1/2 u. 3/8 zu Mk. 30.- Weinflasch. zu Mk. 30.- das Stück zurück.

† **Carl Schirdewan.** Kornbrennerei - Klosterstr. 102. kauft eigene Brantwein- und Likörfaschen. 1/1 u. 3/4 zu Mk. 40.- 1/2 u. 3/8 zu Mk. 30.- Weinflasch. zu Mk. 30.- das Stück zurück.

† **Carl Schirdewan.** Kornbrennerei - Klosterstr. 102. kauft eigene Brantwein- und Likörfaschen. 1/1 u. 3/4 zu Mk. 40.- 1/2 u. 3/8 zu Mk. 30.- Weinflasch. zu Mk. 30.- das Stück zurück.

† **Carl Schirdewan.** Kornbrennerei - Klosterstr. 102. kauft eigene Brantwein- und Likörfaschen. 1/1 u. 3/4 zu Mk. 40.- 1/2 u. 3/8 zu Mk. 30.- Weinflasch. zu Mk. 30.- das Stück zurück.